

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Willi Brase, Ulla Burchardt,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/13549 –**

Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe verbessern

A. Problem

Die Antragsteller verlangen, die Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe zu verbessern. Im vorliegenden Antrag fordern sie von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, um die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wirksam durchzusetzen und Missstände zu sanktionieren. Zusammen mit den Ländern solle der Bund außerdem dafür sorgen, die Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes, insbesondere der Eignungsprüfung von Ausbildungsbetrieben, durchzusetzen, heißt es in dem Antrag. Die Fraktion der SPD möchte ferner verschiedene Regelungen zugunsten der Auszubildenden durchsetzen, wie die rechtzeitige Freistellung vor Prüfungen, eine bessere Ausbildungsberatung und eine inhaltliche Anpassung der Ausbildungsinhalte an aktuelle Herausforderungen. Bund und Länder müssten gemeinsame Standards für Leistung und Qualität von Schule und Ausbildung sicherstellen, verlangen die Antragsteller. Sie begründen ihre Initiative unter anderem mit der hohen Zahl von Vertragsauflösungen im Hotel- und Gaststättengewerbe, die zeigten, dass die Qualität und die Rahmenbedingungen für die Ausbildung in dieser Branche dringend verbessert werden müssen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13549 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Gabriele Hiller-Ohm, Horst Meierhofer, Dr. Ilja Seifert und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 244. Sitzung am 7. Juni 2013 den Antrag auf **Drucksache 17/13549** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat in seiner 80. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 96. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 101. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 106. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13549 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte heraus, dass gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe ein wichtiges politisches Anliegen für die Bundesregierung sei. Diese arbeite kontinuierlich und erfolgreich mit allen Akteuren daran, die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der Branche zu verbessern, damit die Tourismuswirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig bliebe. Was den Vollzug des Jugendarbeitsschutzgesetzes angehe, so sei darauf zu verweisen, dass dafür die Länder zuständig seien. Es sei daher an die Länder zu appellieren, im Rahmen der Umsetzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes dafür zu sorgen, dass Jugendliche in ihren Ausbildungsberufen den ihnen zustehenden Schutz genießen. Neben den Aufsichtsbehörden seien aber vor allem die Ausbildungsbetriebe vor Ort gefordert, ihrer Verantwortung für die Auszubildenden gerecht zu werden. Politik und Wirtschaft müssten gemeinsam mit den Berufsbildungseinrichtungen an einem Strang ziehen, um junge Leute dazu zu motivieren, sich für eine Ausbildung in einem Hotel oder einer Gaststätte zu bewerben. Dies könne nur im konstruktiven Miteinander aller Beteiligten geschehen und dürfe nicht allein vom Staat gesteuert werden. Der Antrag der Fraktion der SPD sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass dem Ausschuss die Probleme im Bereich der Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe bestens bekannt seien. Kleinbetriebliche Strukturen, schwache Tarifbindung in der Branche, hoher Anteil von Minijobs, ungenügende Vermittlung von Ausbildungsinhalten oder die mangelnde Einhaltung und Überprüfung des Arbeitsschutzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes würden zum schlechten Image des Hotel- und Gaststättengewerbes beitragen. Da angesichts des demographischen Wandels immer weniger junge Menschen ins Berufsleben starteten, gelte es entschieden gegenzusteuern und die Attraktivität der Branche durch eine Verbesserung der Qualität und der Rahmenbedingungen für die Ausbildung im Gastgewerbe zu erhöhen. Der Antrag wähle hier die richtigen Mittel, da er nicht nur auf gesetzliche Regelungen, sondern auf die Zusammenarbeit mit den Ländern, den Industrie- und Handelskammern, dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und den Gewerkschaften abstelle.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, dass dem Hotel- und Gaststättengewerbe wegen der schwierigen Arbeitszeiten, der relativ niedrigen Gehälter und dem oftmals rauen Umgangsformen ein schlechtes Image anhafte. Es liege daher vornehmlich an der Branche selbst, attraktiv für den Nachwuchs

zu sein. Der DEHOGA habe sich dieser Aufgabe bereits in einem Zehn-Punkte-Maßnahmeplan gewidmet, mit dem unter anderem die Ausbildungsqualität verbessert werden soll. Dies sei zwar ein Anfang, die Werbung um junge Menschen für einen Beruf im Gastgewerbe müsse aber erfolgreicher sein. Da dieser Impuls aber vornehmlich aus der Branche kommen müsse, gehe der Antrag der Fraktion der SPD am Problem vorbei und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, dass das Milliarden-geschenk der Absenkung der Mehrwertsteuer im Hotelbereich leider kaum dazu genutzt worden sei, die Ausbildungsqualität in der Hotel- und Gaststättenbranche zu verbessern. Wer durch geringe Ausbildungsqualität und prekäre Arbeit nach der Ausbildung glänze, müsse sich nicht über mangelnden Nachwuchs und nicht besetzte Stellen wundern. Ein besonderes Warnsignal sei, dass die Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe zu den Berufen mit den höchsten Vertragsauflösungen und Ausbildungsabbrüchen gehörten. Jugendarbeitsschutz und Arbeitsschutzgesetze müssten eingehalten und ausgebaut werden. Schließlich böten eine angemessene Ausbildungsvergütung und eine hohe fachliche Qualität der Ausbildung Perspektiven für ein selbständiges Leben.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, dass im Gesamtranking der 25 meistgewählten Ausbildungsberufe im DGB-Ausbildungsreport die Ausbildungen „Hotelfachmann/-frau“ und „Restaurantfachmann/-frau“ aus den bekannten Gründen die beiden letzten Plätze belegten. Der genannte Report habe zudem bestätigt, dass die hohen Abbrecherquoten bei den gastronomischen Ausbildungsberufen insbesondere auf die schlechten Ausbildungsbedingungen zurückzuführen seien. Zudem würden im Gastgewerbe nur 38 Prozent aller Ausbildungsabsolventen übernommen. Es gelte also, sich für faire Arbeitsbedingungen und gegen den Abbau von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen einzusetzen. Fast 50 Prozent der Beschäftigten der Branche arbeite in Minijobs.

Vor allem eine Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes müsse verhindert werden. Schon heute nähmen viele Arbeitgeber es damit nicht so genau, was sich daran zeige, dass etwa zwei Drittel der Auszubildenden Überstunden leisteten. Gewerbeaufsichtsämter und Kammern müssten daher ihre Kontrollfunktionen stärker wahrnehmen und die Bundesregierung sei gut beraten, von einer Aufweichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes Abstand zu nehmen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Marlene Mortler
Berichterstatlerin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Horst Meierhofer
Berichterstatler

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatler

Markus Tressel
Berichterstatler